

Referat über die Innenpolitik Bismarcks

Einleitung

Bismarck war ein nicht sonderlich demokratischer Staatsmann, dessen hauptsächliches Ziel die **Erhaltung der Monarchie und die Machtsicherung des Kaisers** und damit seine eigene waren. So gab es ständig **Konflikte zwischen dem Parlament und dem Reichskanzler**.

Das **Parlament** wurde ja schon damals durch **freie geheime Wahlen** bestimmt, wie in der heutigen Demokratie auch. Es besaß **aber nicht die Machtfülle der Volksvertretung in einer parlamentarischen Demokratie**, denn die Minister - allen voran der **Kanzler** - waren dem **Parlament nicht verantwortlich**, sondern unterstanden einzig dem Kaiser. Besonders die Liberalen, die im ersten Parlament über die Hälfte der Sitze hatten, sahen dies als schwere undemokratische Beeinträchtigung.

Während seiner gesamten Amtszeit hatte Bismarck mit sich **stetig ändernden Mehrverhältnissen** zu kämpfen. Er mußte immer **versuchen für seine Gesetzesvorschläge eine Mehrheit** zu finden, was teilweise ziemlich langwierig und störend war. So **bedauerte Bismarck** es bald das **allgemeine Wahlrecht eingeführt zu haben**, da die **Liberalen ständige versuchten verantwortliche Ministerposten einzurichten**.

Ein weiteres Problem war der **Gegensatz zwischen Monarchie und der Arbeiterschaft**. Die Arbeiter hatten trotz ihrer großen Anzahl keine eigentliche Vertretung in der Regierung. Es gab zu diesem Zeitpunkt noch keine Gewerkschaften und Arbeiterparteien und die **konservative Monarchie** bekämpfte Bestrebungen in diese Richtung. Dies zeigt sich dann später ganz deutlich in **Bismarcks Kampf gegen die Sozialdemokratie**, den wir noch später ansprechen werden.

Zum Verhältnis zwischen Bismarck und Kaiser ist noch zu sagen, daß **Kaiser Wilhelm I. seinem Kanzler durchgehend freie Hand ließ** und fast immer mit ihm übereinstimmte. Sollte der Kaiser einmal doch nicht zu überzeugen sein, so brauchte Bismarck nur mit seinem Rücktritt zu drohen und alles war geregelt. Der Kaiser sagte sogar einmal selbst: „**der Kanzler ist wichtiger als der Kaiser**“.

Und noch ein Wort zu Bismarcks Wirtschaftspolitik: Sie war zunächst vollkommen vom Freihandel geprägt, was bedeutete, daß jeder mit jedem ein Geschäft abschließen kann.

Hauptteil:

Nun kommen wir zu der einzelnen Betrachtung der innenpolitischen Aktivitäten Bismarcks in chronologischer Reihenfolge, wobei wir jedoch den Kulturkampf außer Acht lassen.

1871: Bei der **ersten Reichstagswahl** kommt es zu folgenden Ergebnissen:

- Die **Mehrheit erringen die liberalen Parteien**, von denen aber die größte Partei, die **Nationalliberale Partei**, mit **Bismarck zusammenarbeitet**.

- Außerdem arbeiten auch die **Deutschkonservative Partei und die Deutsche Reichspartei mit Bismarck** zusammen.
- Bismarcks **größte Feinde** waren die **katholische Zentrumspartei und die linksliberalen Parteien (z. B.: die Fortschrittspartei)**.
⇒ **Bismarck kann noch relativ mühelos regieren.**

Bismarcks erste innenpolitische Maßnahmen als Reichskanzler waren auf die **Einigung des Reiches** gerichtet. So traten 1871 die **Goldmark** als einheitliche Währung und im Jahr darauf das **Strafgesetzbuch** und die **Maß- und Gewichtsordnung** in Kraft.

1874: - Bei der **zweiten Reichstagswahl** kommen zum ersten Mal die **Sozialdemokraten ins Parlament**, die **später Bismarcks größte politische Gegner** werden sollten. Der Kanzler fürchtet schon jetzt um den **Bestand der Monarchie**.

- Im gleichen Jahr legte Bismarck dem Parlament ein **Armeegesetz** vor, das die **Armeestärke** auf unbestimmte Zeit - also auf ewig - festlegen sollte. Dadurch wäre die **stärkste Waffe des Parlamentes gegenüber der Regierung** - nämlich das **Budgetrecht** - aufgehoben worden, da das Militäretat der größte Posten im Haushalt des Reiches war (4/5 !!!). Das Parlament lehnt das natürlich ab und es wird in abgewandelter Form verabschiedet: das Militärbudget wurde auf sieben Jahre festgelegt (**Septennat**), was trotzdem später noch zu Kontroversen zwischen Bismarck und dem Parlament führen sollte.

1875: Auf der **Gothaer Tagung** schließen sich die beiden **sozialistischen Parteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei** Deutschlands zusammen. Sie fordern die Einrichtung von **Arbeiter-Produktions-Genossenschaften** (≈ Gewerkschaften) mit staatlicher Unterstützung und die **Einführung von allgemeinem und geheimen Wahlrecht bei allen Wahlen**, da zu jener Zeit noch das **Zensuswahlrecht** üblich war. Dadurch waren sie natürlich ein stärkerer Gegner von Bismarck.

1876: - Die **Reichsbank** wird gegründet und damit die **Währungseinheit abgeschlossen** (die Goldmark / Reichsmark hat endgültig alle anderen Münzen abgelöst).

- Außerdem wurde das **Post- und Telegraphenwesen** zur deutschen Reichspost- und Telegraphenvereinigung zusammengefaßt.

1877: ERSTE KANZLERKRISE:

Zwischen **Wilhelm I.** und seinem **Reichskanzler Bismarck** kommt es wegen der Affäre um den **Admiral-General Albert von Stosch** zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten. Bei dieser Affäre ging es darum, daß Stosch von **Kronprinz Friedrich III.**, der ein Gegner von Bismarck war, **Favorit für den Kanzlerposten** war. Bismarck fürchtete um seinen Posten, da **Wilhelm schon 80 Jahre alt** war und er einen baldigen **Regierungswechsel** nicht ausschloß. Deswegen **denunzierte** Bismarck Stosch öffentlich, so daß Stosch bei Wilhelm um seinen **Rücktritt bat**. **Wilhelm nahm das Rücktrittsgesuch jedoch nicht an** und Bismarck verreiste auf längere Zeit.

Diese Krise hat eine tiefere Bedeutung, als man zunächst glaubt: Bismarck hatte nämlich einen großangelegten **Umschwung in seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik** vor, der das **Reich unabhängig** von den Bundesländern machen sollte. Er wollte **direkte Steuern**, wie die Einkommenssteuer, **verringern** oder abschaffen und dafür die **indirekten Steuern, wie die Luxussteuer**, und die Zölle **erhöhen**. Direkte Steuern gingen an die Länder, während die indirekten an das Reich gingen. Damit einher ging auch Bismarcks **Umschwung von der Freihandelspolitik hin zur protektionistischen Wirtschaftspolitik mit Schutzzöllen** auf ausländische Waren. Für diese Reform brauchte Bismarck natürlich eine **stabile Regierung**, deren Mitarbeiter alle auf seiner Seite waren. Bismarck sah natürlich den möglichen **Kanzlerkandidaten Stosch** als seinen **größten Rivalen** in der **eigenen Regierung** an.

- Die **Reichstagswahl von 1877** brachte stabile Ergebnisse für Bismarcks Parteien. Die Sozialdemokraten verbuchten allerdings Gewinne.

1878: Bismarck legt dem Reichstag das sogenannte **Sozialistengesetz** vor (das **Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie**). Durch dieses Gesetz werden alle **sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Versammlungen, Vereine und Presseerzeugnisse verboten**. Jeder, der der Sympathie mit den Sozialdemokraten verdächtigt wird, kann verfolgt und verhaftet werden; eine wirkungsvolle Berufungsmöglichkeit gibt es nicht. Die **sozialdemokratische Partei** wird zwar **nicht verboten** aber es dürfen keine Versammlungen durchgeführt werden. Bismarck gibt als Grund das **Attentat auf Kaiser Wilhelm** vom **ersten Mai dieses Jahres** an. Der **liberale Flügel** lehnte jedoch die **Gesetzesvorlage des Kanzlers** ab, weil es die Rechtsstaatlichkeit gefährde. Bismarck läßt daraufhin den **Reichstag kurzerhand auflösen und neuwählen**. Der neugewählte Reichstag akzeptierte daraufhin das Gesetz. Hier zeigt sich sehr deutlich die brutale Vorgehensweise Bismarcks gegen die **Sozialdemokraten, die er als Staats- und Monarchiefeinde** ansah.

1879: SCHUTZZÖLLE WERDEN EINGEFÜHRT

Der Reichstag verabschiedet mit knapper Mehrheit **mit den Stimmen der Konservativen** die Einführung von **Schutzzolltarifen und die Erhöhung der Tabaksteuer - also eine Luxussteuererhöhung**. Dadurch tritt die **Wende vom wirtschaftspolitischen Liberalismus (Freihandelslehre) zum Protektionismus und Konservatismus** ein. Die Schutzzölle sollen die Einfuhr billiger Waren aus dem Ausland verhindern und dadurch die einheimische Wirtschaft fördern. Sie bewirken, daß die Kosten für inländische Erzeugnisse aus Landwirtschaft und Industrie und dadurch natürlich auch die Lebenshaltungskosten steigen. Die deutschen Industriellen unter der Führung des „**Centralverbandes deutscher Industrieller**“ befürworteten diese Entscheidung in der Schutzzollfrage, die sie **schon seit 1876 fordern**.

Zu Bismarcks Unglück durfte er nur **maximal 130 Millionen Goldmark** von diesen **Schutzzolleinnahmen** für das Reich verwenden, was den Reichshaushalt nicht deckte. **Der Rest ging an die Bundesstaaten**. Erst mit Zustimmung des Reichstages kam Bismarck an die restlichen benötigten Gelder ran.

1881: Nachdem die **Wahlen schlecht für Bismarck** geendet hatten (**Stimmenverluste der Konservativen und Liberalen**) waren die **Pro-Bismarck-Parteien nicht mehr in der Mehrheit** ⇒ **Bismarck mußte künftig mit wechselnden Mehrheiten im Bundestag regieren.**

Um sich des widerspenstigen Reichstages zu entledigen errichtete Bismarck den **preußischen Volkswirtschaftsrat**, der sich aus **Sachverständigen und Interessenvertretern aus Landwirtschaft, Handel und Industrie** zusammensetzte und die Regierung in allen **wirtschafts- und finanzpolitischen Angelegenheiten** beraten sollte. Bismarck glaubte auch den Reichstag zur Zustimmung zu Vorlagen zwingen zu können, zu denen der Volkswirtschaftsrat zugestimmt hatte. Bismarck wollte ihn deshalb auch zum **deutschen Wirtschaftsrat** ausweiten, was jedoch nicht klappte, da vom Parlament **keine Gelder bewilligt** wurden. Auch der preußische Wirtschaftsrat verkümmerte aus Geldmangel. Frustriert dachte Bismarck einige Zeit an einen Staatsstreich, was er jedoch nie durchführte. Hier wird besonders deutlich, wie stark die Feindschaft zwischen Bismarck und Parlament war.

- Im gleichen Jahr erging von **Kaiser Wilhelm eine Botschaft an den Reichstag**, in der die Überzeugung ausgesprochen wird, „daß die Heilung nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen (Sozialistengesetz), sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein wird“. So legte Bismarck seinen ersten Entwurf zum **Unfallversicherungsgesetz** vor, was jedoch **vom Reichstag abgelehnt** wurde. Ein **zweiter Versuch im Jahre 1882 scheiterte ebenfalls**. Bismarcks sozialdemokratische Pläne waren natürlich nicht von reiner Nächstenliebe bestimmt, sondern er **hoffte, die Arbeiterschaft mittels einer staatlich gelenkten Sozialpolitik von der Sozialdemokratie zu entfremden.**

1883: Im Parlament wird nach langwierigen Verhandlungen das **Krankenversicherungsgesetz verabschiedet**. Dieses Gesetz besagt, daß jeder eine Krankenversicherung haben muß - wie heute auch. Träger der Kosten sind zur Hälfte der Arbeitgeber und zur Hälfte der Arbeitnehmer. Dies ist das **erste der drei großen Sozialgesetze Bismarcks**.

Ausgerechnet sträubten sich gerade die **Sozialdemokraten am meisten gegen dieses Gesetz**, da sie befürchteten, daß daraus neue, **mächtige Institutionen des Reiches entstehen könnten (Versicherungsgesellschaften)**, die **Bismarcks Einfluß noch vergrößern würden.**

1884: Eine neue Partei wird gegründet. Die **Deutsche Freisinnige Partei** bildet sich aus abgespaltenen **Nationalliberalen**, die nicht mit Bismarcks Politik einverstanden waren, und aus der **Fortschrittspartei**.

Bei den Wahlen in diesem Jahr erringen sie auch prompt große Gewinne (**67 von 397 Sitzen**), was Bismarck jedoch nicht sonderlich stört, da auch die **konservativen Parteien an Stimmen gewannen.**

Außerdem nimmt der Reichstag das **zweite große Sozialgesetz, das Unfallversicherungsgesetz**, endlich an. Von jetzt an braucht jeder eine Unfallversicherung.

1887: Die **Deutschkonservative Partei, die Deutsche Reichspartei und die Nationalliberale Partei** schließen ein Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung bei der kommenden Wahl („**Kartell**“)! Damit hat sich ein langgehegter Traum Bismarcks erfüllt, der sich schon immer gewünscht hatte einmal eine sichere Mehrheit im Parlament zu haben!!!

Nachdem das **zweite Septennat** (Militärbudget) wieder vom **Parlament abgelehnt** wurde, wird es kurzerhand **von Bismarck aufgelöst**. Bei der **Neuwahl** erringen die **Kartellparteien auch prompt die absolute Mehrheit**.

1888: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt“ (Bismarck).

Es wird ein neues **Militärgesetz** verabschiedet, das die **Wehrpflicht um weitere sieben Jahre auf 19 Jahre verlängert** [7 Jahre stehendes Heer (3 Jahre bei den Fahnen, 4 Jahre in der Reserve), 5 Jahre Landwehr und 7 Jahre Landwehr zweiten Aufgebots]. Dadurch erhöht sich die **Kriegsstärke der Armee um 700.000 Mann**.

DREIKAISERJAHR:

am **9. März 1888 stirbt Kaiser Wilhelm I. im Alter von 91 Jahren**. Sein Sohn **Friedrich III. besteigt nach ihm todkrank den Thron und stirbt nach nur 99 Tagen Amtszeit an Kehlkopfkrebs**. Nach ihm wird sein **29 Jahre alter Sohn Wilhelm II. Kaiser**.

Bismarck war ehrlich gesagt über das schnelle Dahinscheiden von Friedrich III. ziemlich froh, da dieser schon immer ein Feind von ihm gewesen war. **Wilhelm II. war zunächst ein Befürworter von Bismarcks Politik**.

1889: - Das Parlament verabschiedete das **dritte der großen Sozialgesetze - das Gesetz zur Alters- und Invaliditätsversicherung** - ohne Zustimmung der **Sozialdemokraten**. Wichtig ist, daß die **Altersversicherung zu einem Drittel vom Staat finanziert wird**.

- Ungeachtet der Reformen kommt es im Mai und Juni zu großen **Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet**. 140.000 Arbeiter legten ihre Arbeit nieder, um gegen die unzumutbaren sozialen Verhältnisse zu demonstrieren. Das war der erste Streik in der Geschichte Deutschlands. **Bismarck wollte die Aufstände niederschlagen**. Beim Einsatz des Militärs kam es zu mehreren Todesopfern.

Wilhelm II. empfängt jedoch einige der Streikenden, wodurch der Streik quasi legitimiert wird. Durch seine Vermittlung kann der Streik friedlich beigelegt werden. Es gibt Verbesserungen der Löhne und bei den Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiter. Es war die **erste richtige Kontroverse zwischen dem liberalen Kaiser und dem erzkonservativen Kanzler**. Dies markierte den Anfang von Bismarcks Ende. Der Kaiser profitierte jedoch von seinem neuen **Ruf als Mann des sozialen Ausgleichs**.

1890: ist das Jahr des **Rücktritts des Reichskanzlers Bismarck**.

Dem Rücktritt voraus geht eine **Reihe von für Bismarck ungünstigen politischen Entwicklungen voraus:**

- Bismarck will das **Sozialistengesetz unbefristet verlängern**, doch **Parlament und Kaiser Wilhelm II. lehnen ab.**
- **Kaiser Wilhelm** legt dem Parlament seine **Februarerlasse** vor: Hierin verlangt er eine zunehmende **Beachtung des Arbeiterschutzes**, wogegen Bismarck heftigst opponierte.
- Bei den **Wahlen** verbuchen die **Kartellparteien eine vernichtende Niederlage.**
- Daraufhin legt Bismarck dem Kaiser ein „**Konfrontationsprogramm gegen die Unregierbarkeit**“ vor, das eine strengeres **Sozialistengesetz, Anti-Streik-Gesetze, eine Heeresvergrößerung, eine Kette von Reichstagsauflösungen und im Notfall einen Staatsstreich** vorsah. Aber **Wilhelm lehnte ab.**
- Am **20. März trat Bismarck endlich zurück.** Hauptgrund für den Rücktritt waren die Innenpolitischen Kontroversen zwischen Wilhelm und Bismarck. Schon zu Wilhelms Kronprinzenzeit hatte Bismarck ihn ziemlich direkt aufgefordert, **sich politisch zurückzuhalten**, was Wilhelm natürlich überhaupt nicht gefallen hat. **Dieser Konflikt vertiefte sich dann wegen des Bergarbeiterstreits und der Februarerlasse.** Direkter Anlaß für den Rücktritt Bismarcks war die **Forderung Wilhelms eine Kabinettsordre** aufzuheben, die es den Ministern untersagte ohne Zustimmung des Kanzlers dem Kaiser Bericht zu erstatten. Bismarck hatte auf diese Ordre hingewiesen, um die Gesamtpolitik in der Hand zu behalten. Doch der Kaiser bestand auf die Aufhebung dieser Ordre und forderte von Bismarck den Rücktritt.

Nachfolger Bismarcks wird **Leo Graf Caprivi.**

Nach dem Rücktritt Bismarcks wird eine **liberale Politik** verfolgt, so wird im gleichen Jahr noch das **Sozialistengesetz aufgehoben.** Einige Jahre später wurde diese Politik von Wilhelm jedoch abrupt beendet und man wechselte wieder zu **anti-sozialistischer Repression und einem Abruch der Sozialpolitik**, um die Monarchie weiter zu erhalten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß **Bismarck in seiner Innenpolitik lange nicht so erfolgreich war, wie in seiner Außenpolitik.** Er trachtete danach die **alten Machtstrukturen zu erhalten**, da dies in seinen Augen das Beste für das Deutsche Reich war. Trotz seiner unbestreitbaren Erfolge wird er oft angeklagt eine **hemmungslos machiavellistische Politik** (= Machtpolitik) betrieben zu haben, was aber nur teilweise stimmt.